



## ***Bündnis 90/Die Grünen und SPD vereinbaren die politische Zusammenarbeit bis zum Ende der Wahlperiode III***

Am vergangenen Donnerstag, den 25.02.2010 wurde eine **Vereinbarung über die politische Zusammenarbeit bis zum Ende der Wahlperiode III zwischen den Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen Mitte und der SPD-Mitte** unterzeichnet.

Nachdem im November der Doppelhaushaltsplan 2010/2011 mehrheitlich abgelehnt wurde, bekräftigten beide Fraktionen ihren Willen, die finanzpolitische Handlungsfähigkeit des Bezirks durch die Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2010/2011 wieder herzustellen, um damit auch der Gestaltung der Lebenswelten der Menschen Sicherheit zu geben. Darüber hinaus werden beide Fraktionen in wichtigen politischen Fragen bis zum Ende der Wahlperiode zusammenarbeiten. Der genaue Vereinbarungstext ist in der Anlage dieser Pressemeldung.

Ebenfalls am vergangenen Donnerstag beschloss die BVV Mitte mit großer Mehrheit den Doppelhaushaltsplan 2010/2011. SPD und Bündnis90/Die Grünen setzten schon bei der Schlussberatung im Hauptausschuss eine Verstärkung der Mittel für Jugendfahrten um 100.000 € durch. Außerdem wurden die vom Bezirksamt geplanten Kürzungen im Bereich der Beratungsstelle für Risikokinder abgefedert und ein Beförderungsmoratorium (ab A 14) für das Jahr 2010 beschlossen.

Jutta Schauer Oldenburg  
(Fraktion Bündnis90/Die Grünen)

Frank Bertermann  
(Fraktion Bündnis90/Die Grünen)

Lars Neuhaus  
(SPD-Fraktion)

Anlage:

- Vereinbarung zwischen Bündnis90/Die Grünen und SPD



## **Vereinbarung**

### **über die politische Zusammenarbeit bis zum Ende der Wahlperiode III zwischen den Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen Mitte und der SPD-Mitte**

#### **1 Präambel**

- Die beiden Fraktionen stellen übereinstimmend fest, dass zur Aufrechterhaltung der politischen Handlungsfähigkeit des Bezirks die Verabschiedung eines Doppelhaushalts 2010/2011 notwendig ist.
- Darüber hinaus wollen die Fraktionen in wichtigen politischen Fragen bis zum Ende der Legislatur zusammenarbeiten. Die beiden Fraktionen vereinbaren daher folgendes:

#### **2 Haushaltspolitik**

- Der aktuell vom BA vorgelegte Entwurf zum Doppelhaushalt 2010/2011 wird gemeinsam getragen.
- Das Konsolidierungskonzept, das das BA dem Senat als Leitlinie der Haushaltspolitik der nächsten Jahre unterbreitet hat, wird einschließlich der fachpolitischen Konsequenzen unterstützt.
- Der Schulentwicklungsplan wird mit seinen fiskalischen Rahmenbedingungen konstruktiv begleitet und mitgetragen.

#### **3 Aktuelle politische Themen**

Bei folgende aktuellen Themen besteht Einvernehmen hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise:

##### **3.1 Haushaltsplanaufstellung 2010/11**

- Im Ergänzungsplan zum HHP-Entwurf 2010/2011 wird die Erhöhung um 400.000 € in Kap 3520/Titel 11202 (E03 Bußgelder) realisiert. Davon sind 300.000 € Erhöhung für bauliche Unterhaltung und 100.000 € zur Finanzierung Weinmeisterhaus/C29 vorgesehen.
- Der Mittelansatz zur Finanzierung von Jugenderholungsreisen wird um 100.000€ erhöht. Die Finanzierung erfolgt durch die Erhöhung der Ansätze in der Parkraumbewirtschaftung. Im weiteren Verfahren wird ein Konzept erarbeitet, welches Qualitätskriterien für die Durchführung zukünftiger Jugenderholungsreisen festlegt.
- Es wird ein Beförderungsmoratorium für den höheren Dienst (ab A 13) vereinbart. Eine Aufhebung der Anhebungssperre kann nur im begründeten Einzelfall durch den Hauptausschuss beschlossen werden.

- Die TherapeutInnenstellen in der Beratungsstelle für Risikokinder werden um 1 1/2 Stellen bzw. Stellenanteile erhöht. Eine Gegenfinanzierung erfolgt im LuV Gesundheit.
- Im Rahmen der Haushaltswirtschaft wird bei Bedarf die Kältehilfe im IV. Quartal erhöht.

### **3.2 Kommunalpolitische Schwerpunkte der Zusammenarbeit in Bezirksamt und BVV**

- Konzepterarbeitung für Kriterien der entgeltfreien/geminderten Überlassung von Grundstücken.
- Einführung zweijähriger Zuwendungsbescheide für Freie Träger.
- Der „Sozialcampus Olof Palme“ soll saniert werden. Alle hierfür möglichen Finanzierungsmöglichkeiten werden geprüft. Für den Zeitraum der Prüfung ruht der Antrag DS 1459/III. Sollte die Finanzierung der Sanierung über Förderprogramme o.ä. nicht möglich sein, sollen hierfür die Stiftungsmittel der Stiftung Conrad genutzt werden. Bei Erhalt der Stiftung „Bürger für Mitte“ wird in gemeinsamer Abstimmung ein Beirat installiert, der auch an der Entscheidung zur Vergabe der Stiftungsmittel beteiligt wird.
- Die „Sachmittel für die ehrenamtliche Arbeit von BürgerInnen und Bürgern für die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur“ werden ausschließlich gemäß „Merkblatt über die Gewährung von Sachmitteln für Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften“ verausgabt. Eine Finanzierung von Initiativen und Bürgervereinen kann über darüber hinausgehende „Sonderzuwendungen“ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung erfolgen.
- Für die Vergabe der Mittel im Kapitel 3300, Titel 68432 „Zuschüsse für besondere soziale Projekte“ werden in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe Kriterien erarbeitet.
- Um ein Verfahren gemäß BVV-Beschluss DS 0312/111 vom 21.6.2007 zu „Konzeption Stadtteilarbeit des Bezirksamtes Mitte (I) hier: BürgerInnen-Beteiligung bei Erarbeitung ermöglichen“ zu ermöglichen, wird eine Fachtagung im ersten Halbjahr 2010 durchgeführt. Die konzeptionelle Vorbereitung erfolgt im Rahmen einer gemeinsamen Arbeitsgruppe.
- Bis Ende 2010 erfolgt die Erarbeitung eines Integrationskonzeptes durch das Bezirksamt.
- Der Verteilungsschlüssel für Jugendeinrichtungen soll bei 1/3 Kommune und 2/3 Freie Träger liegen.
- Der aktuell vorliegende Schulentwicklungsplan ist Konsens.
- Der Erhalt des SUZ wird gemäß bisheriger HA-Beschlusslage realisiert. Darüber hinaus soll eine langfristige Sicherung des SUZ sichergestellt werden.
- Mit Wirkung zum Schuljahr 2011/12 wird die Wiedereinführung der Sprengellösung zur Bildung von Einschulungsbereichen im Bezirk Mitte unterstützt.

### **4 Zur weiteren Zusammenarbeit / Kommunikation**

- Die beteiligten Fraktionen streben eine vertrauensvolle und kontinuierliche Kommunikation und Zusammenarbeit an.
- Missbilligungs- und Abwahanträge gegen Stadträte/innen beteiligter Parteien werden in der laufenden Wahlperiode nur nach Konsultationen mit den Parteien gestellt bzw. unterstützt.
- Die BA-Mitglieder von Bündnis 90 / Die Grünen und SPD konsultieren sich zu wesentlichen strittigen Fragen im Bezirksamt.

- Die beteiligten Partner sind sich darüber einig, dass die Fraktionen hinsichtlich ihrer Entscheidungen in politisch unterschiedlich bewerteten Fragen in der BVV weiterhin frei sind.
- Die beteiligten Parteien/Fraktionen vereinbaren ein angemessenes und rechtzeitiges Krisenmanagement.
- Im Rahmen der Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung erfolgt der gemeinsame Einsatz für faire finanzielle Rahmenbedingungen zwischen dem Land Berlin und den Bezirken.

## 5 Dauer

Diese Vereinbarung gilt bis zum Ende der laufenden Wahlperiode.

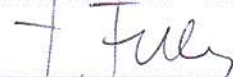
Berlin-Mitte, den 25/2/2010

Für Bündnis 90 / Die Grünen Mitte

  
 Jutta Schauer-Oldenburg – Fraktionssprecherin



Frank Bertermann – Fraktionssprecher



Tilo Fuchs – Geschäftsführender Ausschuss

Für die SPD-Mitte

  
 Christian Hanke – Kreisvorsitzender



Lars Neuhaus – Fraktionsvorsitzender